

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. März 1960

79/J

A n f r a g e

der Abgeordneten A i g n e r , K y s e l a , Wilhelmine M o i k  
und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend die steuerliche Behandlung von Verlusten, die Wohnungswerber  
erlitten haben.

-.-.-.-.-

Die bisherigen Ermittlungen bei der Liquidierung der Allgemeinen Terrain  
Gesellschaft haben ergeben, dass die meisten Wohnungswerber, die tausende  
Schilling eingezahlt haben, höchstens einige hundert Schilling aus der Kon-  
kursmasse erhalten werden. Die Menschen, die ihre Ersparnisse für eine Wohnung  
hingegen haben, werden keine Wohnung erhalten und auch noch ihr Geld ver-  
lieren.

Es sollte daher alles versucht werden, um diesen Menschen von Staats  
wegen zu helfen, soweit es möglich ist. Eine kleine Entlastung wäre es bereits,  
wenn diese gerichtlich festgestellten Verluste auch von Lohnsteuerpflichtigen  
vom steuerpflichtigen Einkommen abgesetzt werden könnten. Eine Handhabe dafür  
wäre die Bestimmung des Einkommensteuergesetzes, die eine Berücksichtigung  
aussergewöhnlicher Belastungen vorsieht. Eine diesbezügliche Weisung des  
Finanzministeriums würde von den Betroffenen zweifellos begrüsst werden und  
überdies einen kaum nennenswerten Steuerentfall verursachen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister  
für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, die Finanzämter anzuweisen, dass  
in allen Fällen, in denen gerichtlich festgestellt wurde, dass Einzahlungen auf  
Anteile bei Eigentums- oder Genossenschaftswohnungen ohne Verschulden des  
Wohnungswerbers verloren wurden, die Absetzung vom steuerpflichtigen Einkommen  
genehmigt wird?

-.-.-.-.-